

Antrag der CDU- und der SPD- Fraktion

öffentlich

Zur Sitzung	Sitzungstermin	Behandlung
Bezirksvertretung Walsum	03.09.2026	Entscheidung

Betreff

**Gemeinsamer Antrag der der CDU- und der SPD- Fraktion;
hier: Rheinfähre Walsum–Orsoy zukunftsfest sichern**

Inhalt

Beschlussvorschlag

Die Bezirksvertretung Walsum spricht sich dafür aus, die Rheinfähre Walsum–Orsoy als wichtige regionale Verkehrsverbindung dauerhaft zu sichern und die Betriebsunterbrechung infolge des Niedrigwassers im August 2026 zum Anlass zu nehmen, gemeinsam mit den beteiligten Stellen eine langfristige Perspektive für die Verbindung zu entwickeln.

Die Verwaltung wird gebeten, hierzu gemeinsam mit der Stadt Rheinberg, dem Kreis Wesel, dem Betreiber der Rheinfähre sowie den zuständigen Stellen von Bund und Land insbesondere folgende Punkte zu prüfen:

1. Fährbetrieb bei Niedrigwasser möglichst lange gewährleisten

Es soll geklärt werden, mit welchen technischen Maßnahmen der Fährbetrieb auch bei künftig auftretenden niedrigen Rheinpegeln möglichst lange aufrechterhalten werden kann.

Dabei sollen insbesondere mögliche Anpassungen des Orsoyer Fähranlegers betrachtet werden. Die konkrete technische Lösung soll ausdrücklich nicht vorgegeben werden. Maßgeblich ist, gemeinsam mit dem Betreiber und den zuständigen Fachstellen festzustellen, welche Maßnahmen am Standort tatsächlich geeignet, genehmigungsfähig und wirtschaftlich vertretbar sind.

In diesem Zusammenhang sind auch die Eigentums- und Zuständigkeitsverhältnisse für Anleger, Zufahrten und sonstige erforderliche Infrastruktur auf beiden Rheinseiten zu klären.

2. Möglichkeiten einer Beteiligung des Landes konkret klären

Gemeinsam mit dem für Verkehr zuständigen Ministerium des Landes Nordrhein-Westfalen und der Bezirksregierung Düsseldorf soll geprüft werden, welche Möglichkeiten das Land zur Unterstützung einer dauerhaften Sicherung der Fährverbindung hat.

Dabei soll insbesondere geklärt werden, welche bestehenden Fördermöglichkeiten von Land und Bund für notwendige Investitionen in Anleger, Zufahrten oder sonstige Verkehrsinfrastruktur genutzt werden können und welche Voraussetzungen hierfür gegebenenfalls geschaffen werden müssten.

Darüber hinaus soll gemeinsam mit dem Land, dem VRR und den betroffenen ÖPNV-Aufgabenträgern geprüft werden, ob und unter welchen Voraussetzungen eine stärkere Einbindung der Fährverbindung in das öffentliche Mobilitätsangebot möglich wäre.

Dabei soll insbesondere betrachtet werden, ob die im ÖPNVG NRW vorgesehenen Möglichkeiten für Personenfähren für die Verbindung Walsum–Orsoy genutzt werden können oder welche organisatorischen, tariflichen oder rechtlichen Voraussetzungen hierfür gegebenenfalls geschaffen werden müssten.

Soweit die derzeitige Ausgestaltung der Autofähre einer solchen Einbindung entgegensteht, soll dargestellt werden, welche anderen Möglichkeiten des Landes bestehen, Investitionen oder einen verlässlichen Fährbetrieb zu unterstützen.

Auch die langfristige Sicherung des Betriebs mit Blick auf eine spätere Nachfolge soll in die Gespräche einbezogen werden.

3. Fährverbindung stärker mit dem ÖPNV verknüpfen

Parallel soll geprüft werden, wie die Fähre auf beiden Rheinseiten besser mit dem vorhandenen öffentlichen Personennahverkehr verbunden werden kann.

Hierzu sollen insbesondere die DVG, die NIAG und der VRR einbezogen werden. Betrachtet werden sollen die Erreichbarkeit der Anleger mit Bus (inkl. MyBus), eine mögliche Abstimmung vorhandener Verkehrsangebote mit den Betriebszeiten der Fähre, die Einbindung von Fahr- und Betriebsinformationen in die vorhandenen Fahrgastinformationssysteme sowie mögliche tarifliche oder organisatorische Kooperationen.

Weiteres Verfahren

Die Bezirksvertretung empfiehlt, das Thema aufgrund seiner über den Stadtbezirk hinausgehenden verkehrlichen Bedeutung auch im Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr zu beraten.

Die Verwaltung wird gebeten, die notwendigen Gespräche mit Rheinberg, dem Betreiber sowie den zuständigen Stellen des Landes zeitnah aufzunehmen und über die Ergebnisse in der Bezirksvertretung Walsum und im Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr zu berichten.

Begründung

Im August 2026 musste der Betrieb der Rheinfähre Walsum–Orsoy aufgrund des außergewöhnlich niedrigen Rheinwasserstandes vorübergehend eingestellt werden.

Das Problem bestand dabei nicht ausschließlich darin, dass die Fähre den Rhein aufgrund des Wasserstandes grundsätzlich nicht mehr hätte befahren können. Nach Angaben des Betreibers konnte die Fähre auf der Orsoyer Seite die vorhandene Rampe nicht mehr erreichen.

Die Betriebsunterbrechung hat damit ein konkretes infrastrukturelles Problem sichtbar gemacht. Auch wenn der Betrieb nach einem Anstieg des Rheinpegels wieder aufgenommen werden kann, bleibt dieses Problem bestehen und kann bei vergleichbaren Wasserständen erneut auftreten.

Deshalb sollte nicht erst bei der nächsten Niedrigwasserphase erneut über kurzfristige Lösungen gesprochen werden. Es ist zu klären, welche technischen Anpassungen geeignet sind, die Verbindung auch bei niedrigeren Wasserständen möglichst lange aufrechtzuerhalten.

Dabei darf die Frage der Finanzierung nicht allein beim privaten Betreiber verbleiben. Die Rheinfähre stellt eine direkte Verkehrsverbindung zwischen Duisburg-Walsum und Rheinberg-Orsoy für den motorisierten Verkehr ebenso wie für Fußgängerinnen und Fußgänger sowie Radfahrerinnen und Radfahrer dar. Die Frage, wie notwendige Infrastruktur dauerhaft gesichert werden kann, ist deshalb auch eine Frage der regionalen Verkehrspolitik.

Gerade hier sollte das Land Nordrhein-Westfalen stärker einbezogen werden. Das Land verfügt über unterschiedliche Instrumente zur Förderung kommunaler Verkehrs- und Nahmobilitätsinfrastruktur. Gleichzeitig sieht das ÖPNVG NRW Möglichkeiten zur Einbeziehung von Personenfähren in den öffentlichen Personennahverkehr vor, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind. Ob und in welcher Form diese Instrumente für die Rheinfähre Walsum–Orsoy genutzt werden können, ist bislang offen und sollte gemeinsam mit dem Land geklärt werden.

Die Betriebsunterbrechung im August 2026 sollte deshalb als Anlass genutzt werden, gemeinsam mit Rheinberg, dem Betreiber, dem Land und den weiteren Beteiligten konkrete Lösungen zu entwickeln und dabei auch die langfristige Perspektive der Fährverbindung in den Blick zu nehmen.